

Protokoll

Sitzung Nr. 4
 Datum **Mittwoch, 21. Mai 2014**
 Ort Aula des Schulhauses der Sekundarstufe I
 Zeit 19.30 bis 21.25 Uhr

Vorsitz	Thomann Lemann Johanna	FDP 1
1. Vizepräsidentin	Spichiger-Röllli Petra	SP 1
ausserordentliche Stim- menzählerIn	Kistler Fides	SP 1
Stimmenzähler	Jost Klaus	SVP 1
Mitglieder	Niklaus Marc Steiner Philip Zangger-Schöni Patricia	SP 3
	Aebi-Lehmann Elisabeth Bähler Peter Baumann Hans Peter Bolliger Stephan Bucheli Marco Burren Markus Guggisberg Roland Mosimann Bruno Pfister-Aebersold Marianne Tschumi Samuel	SVP 10
	Hadorn Karin Hadorn Markus Köchli Martin Rothenbühler Hans-Jörg	BDP 4
	Bacher Markus Lötscher Markus Remund Marcel	FDP 3
	Ackermann Thomas Mellert Denise	CVP 2
	Stucki Roland	EVP 1
	Greber-Borel Anne-Lise Kofel Peter Lastric Dubravka Stettler-Schwenter Marceline Vanoni Bruno	GFL 5

	Oesch Toni	FdU 1
		<u>33</u>
Abwesend	Buser Heinz George Ralph Dietiker Markus Gerber Rudolf Gunaratnam Ahila Rhyn Hans-Jörg Zingg Kambli Annemarie	FDP 2 SP 4 EVP 1
Vertreter des Gemeinderates	Bichsel Daniel, Gemeindepräsident Veglio Mirjam, Vizegemeindepräsidentin Jörg Kurt Westphale Edi	
Abwesend	Crettenand Joseph Huber-Spari Sabine Traber Peter	
Beigezogen	Portner David, Finanzverwalter	
Gemeindeschreiber	Gatschet Roland	
Protokoll	Roll Corinne, Höhere Sachbearbeiterin	
Anzahl Zuhörende		

Geschäfte

28	Pro Protokoll	60
	Protokoll vom 30. April 2014	60
29	1.525. Verwaltungsbericht Gemeinde	61
	Verwaltungsbericht 2013; Kenntnisnahme (inklusive Abschreibung parlamentarische Vorstösse).....	61
30	25.301. Rechnungsabschluss Einwohnergemeinde	67
	Jahresrechnung 2013	67
31	1.92.4 Einfache Anfragen	80
	Einfache Anfrage Hans Peter Baumann betreffend "Wärmeverbund Nord: Holz aus dem Umkreis von 20 km"; Antwort.....	80
32	1.92.4 Einfache Anfragen	80
	Einfache Anfrage Bruno Mosimann betreffend Schmierereien an der Wärmeverbundszentrale Nord, Kirchlindachstrasse 71 in Zollikofen"; Antwort	80
33	1.92. Parlamentarische Vorstösse	80
	Motion Petra Spichiger und Mitunterzeichnende betreffend "Gratiseintritt ins Freibad Hirzenfeld"	80
34	1.92. Parlamentarische Vorstösse	81
	Einfache Anfrage Toni Oesch betreffend "Schutzzonenplan"	81

GROSSER GEMEINDERAT

Die Präsidentin

Der Sekretär

Die Protokollführerin

Verhandlungen

Präsidentin: Werter Gemeindepräsident, liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe GGR-Kolleginnen und Kollegen, werte Pressevertreter und Gäste. Ich möchte Sie ganz herzlich zur heutigen Sitzung begrüßen. Ebenfalls begrüßen möchte ich Finanzverwalter David Portner, der für das Traktandum Jahresrechnung beigezogen ist.

Ich komme zu den Entschuldigungen. Vom Gemeinderat sind Sabine Huber, Joseph Crettenand und Peter Traber entschuldigt. Vom Grossen Gemeinderat entschuldigt haben sich: Markus Dietiker, Hans-Jörg Rhyn, Ahila Gunaratnam, Rudolf Gerber sowie Annemarie Zingg, Ralph George und Heinz Buser.

Wenn Ahila fehlt, fehlt auch eine Stimmenzählerin. Gibt es Vorschläge für einen Ersatz? Darf ich Dich, Fides Kistler vorschlagen? Hat jemand weitere Vorschläge, beziehungsweise ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall. Ich danke Dir, dass Du Dich für den heutigen Abend zur Verfügung stellst.

Ich stelle fest, dass 32 Mitglieder anwesend sind. Demzufolge kann ich die Beschlussfähigkeit des GGR feststellen.

Mitteilungen der Präsidentin

Sie finden auf Ihren Pulten die Einladung zur Grenzbegehung "MüZo", Münchenbuchsee-Zollikofen. Diese Einladung wird auch im Parlament Münchenbuchsee verteilt. Der Anlass findet am 6. September statt. Die Route und die Zeiten sind "z'fade gschlage". Wer sich bei der Ausgestaltung der Fragestellungen beteiligen möchte, kann sich bei mir oder bei Roland Gatschet bis 11. Juni melden. Die zu erarbeitenden Fragen zielen in die Richtung "Wo haben die beiden Gemeinden Berührungspunkte? Was könnte zusammen erarbeitet und angegangen werden?" Das weitere Vorgehen ist in Planung.

Weiter möchte ich eine Dankeskarte in Umlauf geben, Ich möchte dafür danken, dass uns die Sekundarstufe zum Musical eingeladen hat. Ich möchte alle, die an der Vorpremière waren, bitten, die Karte zu unterschreiben. Mit der Karte gebe ich auch eine Liste in Umlauf – eine Art Revanche. Im November findet das Virtuelle Jugendparlament VIJUPA statt (vom 3. bis 7. November 2014). Wer einverstanden wäre oder Lust hätte, dort mitzuwirken und den Schülerinnen und Schülern Rede und Antwort zu stehen, soll sich bitte auch hier eintragen.

Ich möchte hier Roland Guggisberg von der SVP im Namen aller Anwesenden gratulieren: Du wurdest letzten Sonntag, zusammen mit den "Worblauen Alligators" aus der Nati B Schweizermeister im Streethockey. Edi Westphale, Martin Köchli, Beat Baumann und David Portner haben am GP teilgenommen, ganz im Sinne Mani Matters: "Es git e Bueb mit Name Fritz u dä cha renne wie der Blitz". Die vier haben den Lauf in bemerkenswertem Tempo geschafft. Auch Ihnen ganz herzliche Gratulation.

Roland Gatschet hat Ihnen per Mail eine Einladung gesandt zu einem Vernetzungsanlass am 18. Juni in Muri. Es geht um das Thema "Zukunftsorientierte Sportstättenplanung – eine regionale Aufgabe". Melden Sie sich bis 2. Juni direkt an. Auf dem Tisch finden Sie ebenfalls die zwei Antworten des Gemeinderates auf die Einfachen Anfragen von Bruno Mosimann und Hans Peter Baumann.

Mitteilungen der GPK

GPK: Keine Mitteilungen.

Mitteilungen des Gemeinderates

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Es folgen zwei Mitteilungen, welche die Regionalkonferenz Bern-Mittelland betreffen.

Erstens: Am 27. Mai wird die Vernehmlassung zu den Eckwerten der Leistungsverträge 2016 bis 2019 der regional bedeutenden Kulturinstitutionen eröffnet.

Von Interesse wird unter anderem sein:

- a welche Kulturinstitutionen vom Regierungsrat als regional bedeutend eingestuft wurden und somit Eingang in den Anhang zur kantonalen Kulturförderungsverordnung gefunden haben;
- b welche finanziellen Auswirkungen für unsere Gemeinde zu erwarten sind:
 - a. neue Zusammensetzung der massgebenden Region (Es werden knapp 6 % weniger Einwohner/innen für die Verteilung der Beiträge zur Verfügung stehen, weil Gemeinden wie Lyss künftig nicht mehr unserer Teilkonferenz Kultur angehören).
 - b. welcher Kostenschlüssel zwischen Standortgemeinden und Umlandgemeinden gewählt wird (wird dieser für die Umlandgemeinden von bisher 11 Prozent auf neu 12 Prozent erhöht?
 - c. welche finanziellen Mehrabgeltungen an die Kulturinstitutionen für die nächste Subventionsperiode vorgesehen sind.

Zweitens: Die Gemeinde wurde zu einem Mitwirkungsverfahren eingeladen, welches den Handlungsbedarf infolge Arbeitsplatzkonzentrationen in der Kernagglomeration Bern zum Thema hat. Die Studie beleuchtet die erwarteten Entwicklungen bezüglich Anzahl Arbeitsplätze in den Gemeinden der Kernagglomeration Bern. Sie zeigt die in diesem Zusammenhang bereits geplanten Massnahmen betreffend öffentlichem Verkehr, Langsamverkehr und motorisiertem Individualverkehr auf sowie die zu erwartende Verkehrsentwicklung, welche die Arbeitsplatzkonzentrationen zur Folge haben. Wo noch keine konkreten Massnahmen geplant sind, werden der Handlungsbedarf eruiert und die Anforderungen an das künftige Verkehrssystem geschildert.

Der Gemeinderat wird seine Mitwirkungsantwort an seiner nächsten Sitzung verabschieden.

Zur Mitwirkung eingeladen wurden die betroffenen Gemeinden, betroffene kantonale Stellen, die Transportunternehmungen sowie Grossbetriebe (wie Bund und Swisscom, Post, SBB), welche ihre Arbeitsplätze in der Kernagglomeration konzentriert haben. Eine breitere Mitwirkung bei Parteien oder Einzelpersonen ist von der Regionalkonferenz nicht vorgesehen.

Um 19.40 Uhr erscheint Marc Niklaus.

Mitteilungen der GPK

Keine Mitteilungen.

Präsidentin: Wir kommen zu den traktandierten Themen. Die Liste wurde Ihnen zugestellt. Haben Sie Änderungswünsche bezüglich der Reihenfolge der Traktanden? Das ist nicht der Fall. **Somit ist die Traktandenliste genehmigt.**

Präsidentin: Wird das Wort verlangt? Das ist nicht der Fall. Ich danke Corinne Roll für das Verfassen. **Somit stelle ich fest, dass das Protokoll vom 30. April 2014 genehmigt ist.**

29 1.525. Verwaltungsbericht Gemeinde

Verwaltungsbericht 2013; Kenntnisnahme (inklusive Abschreibung parlamentarische Vorstösse)

Präsidentin: Ich komme zu Traktandum zwei, dem Verwaltungsbericht. Es geht um Kenntnisnahme. Eintreten ist gemäss Artikel 24 der Geschäftsordnung vorgegeben. Zum weiteren Vorgehen: Wir nehmen zuerst die allgemeinen Bemerkungen entgegen. Anschliessend wird der Bericht departementsweise durchgekämmt und wir kommen am Schluss zum Schwerpunktprogramm. Danach folgt die Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse. Die GPK hat das Wort zu den allgemeinen Bemerkungen.

Markus Bacher, GPK: Die GPK dankt für die umfangreiche, teilweise auch neu strukturierte Berichterstattung. Auch allen Autorinnen und Autoren sei für Ihre Beiträge gedankt. Wir werden im Laufe der kapitelweisen Beratung unsere Fragen stellen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen? Das ist nicht der Fall. Zu den Fraktionen.

Anne-Lise Greber, GFL: Der Verwaltungsbericht widerspiegelt die Tätigkeit der Gemeindeverwaltung und der Gemeindebehörden während einem Jahr. Der diesjährige Bericht bestätigt die Vielfältigkeit der Aufgaben und die zunehmende Komplexität von gewissen Bereichen. An dieser Stelle möchte ich im Namen der Fraktion GFL dem Gemeinderat und allen Akteuren danken, die zum umfangreichen und interessanten Bericht beigetragen haben, sei es im Vordergrund oder im Hintergrund. Ich danke auch allen Personen, die in der Gemeindeverwaltung während des ganzen Jahres zu Gunsten der Bevölkerung von Zollikofen eine grosse Arbeit geleistet haben.

Unsere Fraktion bemängelt jedoch die Untätigkeit der Gemeinde im Bereich von Energie und Umwelt im Jahr 2013. Wir sind uns bewusst, dass das Baudepartement sehr belastet ist und kaum Ressourcen für nicht dringende Geschäfte hat. Der Bereich Energie und Umwelt bleibt leider immer auf dem Abstellgleis. Zum Beispiel im Kapitel Energiestadt Goldlabel (S. 44) wurde nichts unternommen, ebenso beim Umweltkonzept (S. 45). Und beim Schwerpunkt 3.3 (Grünflächen aufwerten und vernetzen, S. 100) wurde das Monitoring der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft lediglich fortgeführt, statt etwas zu tun, um das Ziel 2017 der Erweiterung der Ausgleichsfläche näher zu bringen. Wir hoffen, dass die für das Jahr 2014 vorgesehenen Massnahmen durchgeführt werden.

Soweit nötig werden weitere Bemerkungen in der Detailberatung kommentiert. Die Fraktion nimmt den Verwaltungsbericht 2013 zur Kenntnis und stimmt auch der Abschreibung meines Postulats zu.

Hans Peter Baumann, SVP: Der Verwaltungsbericht 2013 zeigt eindrücklich, wie vielfältig und anspruchsvoll die Tätigkeitsfelder sind, mit denen sich der Gemeinderat, die Kommissionen und die Verwaltungsabteilungen in Zollikofen beschäftigen.

Wir stellen fest, dass im 2013 einmal mehr eine Unmenge Arbeit geleistet worden ist. Die SVP-Fraktion dankt allen, die daran beteiligt waren, Zollikofen weiter zu bringen. Die mitgeholfen haben, Probleme zu lösen oder im Stillen neue Probleme verhindert haben.

In diesem Sinne wird die Fraktion den Verwaltungsbericht zur Kenntnis nehmen, ohne dass wir uns zu den einzelnen Kapiteln weiter melden werden. Was wir aber sicher früher oder später einmal diskutieren müssen, ist der Umgang mit den "prähistorischen" Vorstössen res-

pektive, wir müssen die Frage beantworten, wie wir über zehnjährige Vorstösse verhindern wollen. An der Sitzung vom 28. März 2001 wurde von Samuel Lehmann ein Postulat überwiesen, Zufall, dass auch damals 33 Personen anwesend waren, wie heute. Das Postulat besteht noch immer und ich bin mir bewusst, dass eine Teilschuld beim GGR liegt, weil wir hier immer noch nicht zur Abstimmung gekommen sind. Solche Vorstösse sollten nicht auf die lange Bank geschoben werden. Wir werden deshalb auch dem Antrag zur Abschreibung des Vorstosses Anne-Lise Greber zustimmen.

Hans Jörg Rothenbühler, BDP: Auch wir danken den Verfassern des Verwaltungsberichtes für ihre Arbeit. Hans Peter Baumann hat es bereits gesagt, die "antiken" Vorstösse sind auch für uns ein Thema. Ansonsten haben wir keine Bemerkungen.

Philip Steiner, SP: Auch wir halten uns kurz, danken für den Bericht und haben keine weiteren Bemerkungen.

Markus Lötscher, FDP: Die FDP-Fraktion dankt dem Gemeinderat für den ausführlichen Bericht. Es ist ein tolles Nachschlagewerk zu den Aktivitäten der Departemente. Auffallend ist, dass er nicht mehr so viele stereotype Wiederholungen beinhaltet. Danken möchten wir in diesem Zusammenhang auch für die verbesserte Öffentlichkeitsarbeit des Gemeinderates. Die FDP-Fraktion nimmt vom Bericht Kenntnis und stimmt der Abschreibung des Postulates Anne-Lise Greber zu.

Der Verwaltungsbericht ist vor allem auch dann interessant, wenn man ihn über mehrere Jahre vergleicht, die Trends anschaut, so kann man auch erkennen, was auf die Gemeinde zukommt. Im letzten Jahr haben wir auf die Ausgaben Soziale Wohlfahrt hingewiesen und in diesem Jahr haben wir die Schulen angeschaut. Uns ist aufgefallen, dass die Anzahl Realschüler im Vergleich zu der Anzahl Sekundarschüler relativ hoch ist. Der Anteil Sekundarschüler liegt bei 53 Prozent, 2008 waren es 57 Prozent. Wir stellen eine tendenzielle Abnahme in die falsche Richtung fest. Die Anforderungen bezüglich Ausbildung nehmen zu, vor allem auch für die Berufsschüler, wir bräuchten also mehr Sekundar- als Realschüler. Auffallend ist hier auch, dass 2008 circa 16 Prozent der Sekundarschüler fremdsprachig waren, heute sind es 23 Prozent. In den Realklassen waren es 50 Prozent Fremdsprachige, heute sind es rund 70 Prozent. Ein Trend der uns zu denken gibt und den wir weiter verfolgen.

Thomas Ackermann, CVP: Auch die CVP dankt für den umfangreichen, informativen Bericht. Wir haben an der Berichterstattung nichts auszusetzen, nehmen ihn zur Kenntnis und werden den Anträgen des GR zustimmen.

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte spontan auf zwei Bemerkungen reagieren. Die eine gilt dem Thema "Erledigung prähistorischer Vorstösse": Die älteste Motion auf dieser Liste ist von Reta Caspar, die die Einzonung des Landstuhls verhindern wollte. Diese soll schubladisiert bleiben und wir legen auch keinen Wert darauf, dass sie wieder zum Vorschein kommt.

Die zweite Bemerkung betrifft die Fremdsprachigkeit in der Schule: Wir haben die Frage im letzten oder vorletzten Jahr in der GPK ausführlich diskutiert und festgestellt, dass es auf Sekundarstufe unter Umständen Jugendliche sind, die hier aufgewachsen sind, perfekt Deutsch sprechen und eine Fremdsprache als Muttersprache haben. Darum dürfen wir diese Prozentzahlen auch nicht überschätzen. Aber der von Markus Lötscher aufgezeigte Trend ist wahrscheinlich Tatsache.

Präsidentin: Möchte sich der Gemeinderat zum Verwaltungsbericht äussern?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir gehen in die Detailberatung. Zuerst kann sich die GPK zu Wort melden, danach der Gemeinderat und danach alle Ratsmitglieder. Ich bitte Sie, deutlich zu sagen, auf welcher Seite, welchem Abschnitt und zu welchem Punkt sie Stellung nehmen.

1. Präsidiales (S. 6 – 34):

Patricia Zangger, GPK: Seite 14, Landbesitz der Gemeinde: Weshalb haben sich die Flächen der Parzellen verändert? insbesondere die Parzelle 187 an der Landgarbenstrasse ist plötzlich um 61 m2 grösser?

Dann auf Seite 29, Kommunale Planung: Die GPK vermisst eine Information über den Stand des Genehmigungsverfahrens für die Überbauungsordnung Graben, die vom GGR am 27. Juni 2012 geändert worden ist.

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Seite 14, Landbesitz der Gemeinde: Bei Parzelle 187, Landgarbenstrasse ist es nicht ganz vollständig. Es handelt sich um eine Strassenparzelle, das ist richtig, aber es ist nicht nur die Landgarben- sondern auch die Schulhausstrasse, es geht um das Trottoir bei der Liegenschaft Schulhausstrasse 16 oberhalb der Post. Dieses wurde im Zusammenhang mit dem Neubau erworben.

Seite 29, fehlender Hinweis Planung Graben: Es ist richtig, dass nichts steht, weil im Berichtsjahr auch nichts passiert ist. Nicht ganz freiwillig allerdings. Die Planung Graben war wie die Planung des neuen Alters- und Pflegezentrums von der Übermittlungsspanne betroffen. Beides wurde am gleichen Tag abgeschickt. Nach dem Feststellen der Panne wurde es nachträglich eingereicht. Im Moment läuft die Überprüfung, bezüglich Genehmigung gibt es noch gewisse Abstimmungsprobleme mit der Gefahrenkarte, die in der Gemeinde Zollikofen noch nicht auf dem aktuellsten Stand ist. Dort müssen wir noch gewisse Sachen einreichen, danach sollte die Planung genehmigt werden können.

Toni Oesch, FdU: : Seite 9 oben, Einzonung "Landstuhl": Eine Korrektur ist angebracht: Am 27. November letzten Jahres, ich war nicht da und konnte auch nicht kontern, hat Bruno Vanoni ausserhalb der Traktanden erklärt, wir Unabhängigen hätten nicht das Recht, zu sagen, die Grünen wollen die Steinibachmatte und die Rütli einzonen. Er wollte uns deswegen auch schon Advokaten "anhängen". Man hat ihn darauf aufmerksam gemacht, dass bei der Mitwirkung zu Handen der Regionalkonferenz die Grünen Bern-Nord geschrieben hatten, wenn Zollikofen alles überbaut habe, könne man noch die Steinibachmatte und die Rütli einzonen. Unterschrieben hat es eine Frau, die an der Landgarbenstrasse wohnt und Kandidatin für den GGR 2012 war.

Seite 29, Kommunale Planung: Im letztjährigen Verwaltungsbericht wurde das Kapitel weiter hinten behandelt und zwar auf Seite 88. Im Kapitel "Überarbeitung Schutzzonenplan" stand folgendes: "Der Gemeinderat hat am 21. Mai 2012 die geringfügige Revision des Schutzzonenplans beschlossen und beantragt dem Amt für Gemeinden und Raumordnung die Abweisung der zahlreichen Einsprachen, insbesondere im Zusammenhang mit der "Eichenhecke Schweizerhubel". Die Genehmigung steht noch aus, da Zusatzabklärungen bei einem Fachbüro eingeholt werden mussten."

Auch die FdU hat Einsprache erhoben und seither nichts mehr gehört. Wie ist der Stand?

Seite 10 zuunterst: Bei unserer Vorlage heisst es "In Bearbeitung bei der Bauverwaltung". Wir werden schon noch herausfinden, wer solchen Unsinn und Unwahrheiten in der Beantwortung geschrieben hat. Wir haben einen Sachbearbeiter im Verdacht und Daniel Bichsel ist hier viel zu gutgläubig gewesen.

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte, zur allgemeinen Beruhigung, nicht zum vorherigen Thema, wo bereits alles gesagt wurde, etwas mitteilen sondern zum Thema Aareschlaufen, Seite 32

unten: In der Jahresplanung ist ein möglicher Kredit, den wir im GGR sprechen sollten, aufgeführt. Ist das immer noch geplant oder ist das Geschäft erledigt?

Es geht weiter um die Umsetzung eines durchgehenden Fuss- und Veloweges der Aare entlang. Ein gutes Teilprojekt aus dem regionalen Richtplan Aareschleife, bei dem ja auch unsere Gemeinde betroffen ist. Es hat im Richtplan auch noch andere Komponente, unter anderem geht es die Aufwertungsmassnahmen zugunsten der Natur, Gewässer und dem Amphibienschutz. Mein Wunsch wäre, wenn man in den durchgehenden Veloweg investiert, dass man vielleicht über den Budgetweg Mittel einsetzt für die Pflege von Biotopen an der Aare. Wir haben erfreulicherweise erste Gespräche mit Vertretern der Gemeindeverwaltung geführt und sind zuversichtlich, dass der Wunsch und der Wille, etwas zugunsten der Natur zu machen, vorhanden ist. Weil eben bei der Gestaltung des durchgehenden Veloweges Bäume gefällt werden müssten, der Weg muss verbreitert werden. Man macht Eingriffe in die Natur, führt mehr Menschen in die Natur, die mehr Abfall zurücklassen und mehr Lärm machen. Man sollte diese Beeinträchtigungen durch positive Massnahmen zu kompensieren versuchen.

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Die Frage war, ob die Vorlage ins Parlament kommt. Es sind Fr. 35'000.00, die der Gemeinderat bis anhin als Projektierungskredit bewilligt hat, diese sollen Grundlage für einen Kreditantrag hier hinein sein. Im Moment besteht weiterhin die Absicht, das Geschäft als Verpflichtungskredit vorzutragen. Ich sage schon heute, die Gemeindeversammlung Bremgartens wird im Verlauf des nächsten Monats über ihren Teil befinden und weil das Projekt Abhängigkeiten hat, mache ich Vorbehalte: Wenn Bremgarten wider Erwarten ablehnen würde, macht es wenig Sinn, wenn wir unseren Teil alleine bringen würden.

Präsidentin: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder. Keine Bemerkungen.

2. Finanzen (S. 35 – 39):

Hans-Jörg Rothenbühler, GPK: Seite 38, Pensionskasse: Warum wurde eine Immobilie verkauft? Wenn es nicht vertraulich ist – welche Immobilie ist es?

Und: Wie hoch war der Deckungsgrad der Pensionskasse per Ende des Berichtsjahres 2013?

Daniel Bichsel, Gemeindepräsident: Bei der verkauften Immobilie handelt es sich um das Haus Bleichstrasse 51 in Stettlen. Es war eine stark sanierungsbedürftige Liegenschaft und der Stiftungsrat stellte sich die Frage "sanieren oder verkaufen?". Ein Verkauf war nicht zwingend, man hat geschaut, was der Markt hergibt. Es ist tendenziell eher ein "Verkäufermarkt", also gut für den Verkäufer. Die Preisvorstellungen des Stiftungsrates wurden bei Weitem überschritten und darum entschloss man sich zum Verkauf.

Der Deckungsgrad Pensionskasse per Ende Berichtsjahr beträgt 113,64 Prozent.

Präsidentin: Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall.

3. Bau und Umwelt (S. 40 - 44):

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat hierzu Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

4. Tiefbau, Ver- und Entsorgung (S. 46 - 54)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Gemeinderat: Keine Bemerkung.

Präsidentin: Wir kommen zu den Ratsmitgliedern.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

5. Bildung (S. 55 – 72)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

Peter Bähler, GPK: Seite 56, Lehrpersonen Primarschulen: Weshalb ist die Zahl der Lehrpersonen im Berichtsjahr von 99 auf 94 gesunken?

Seite 58, Agenda: Ist es richtig, dass der traditionelle Maibummel nur im Schulhaus Geiss-
hubel/Kläyhof durchgeführt wird? Wenn ja, warum?

Edi Westphale, Gemeinderat (*antwortet stellvertretend für die abwesende Gemeinderätin Sabine Huber*): Zur ersten Frage: Im Bereich "Aufgabenhilfe" gab es personelle Wechsel und dadurch konnte man Kleinstpensen korrigieren. Vorher waren es 12 Aufgabenhilfen, jetzt nur noch acht. Das macht schon minus vier. Im Schuljahr 2012/2013 hatten wir neun Kindergartenklassen und im Schuljahr 2013/2014 nur noch acht. Also minus eine Kindergarten-Lehrperson.

Zum Maibummel: Selbstverständlich gehen alle Schülerinnen und Schüler auf den Maibummel. Speziell dort ist, dass der Geisshubel geschlossen mit dem Kindergarten an einem Tag auf den Maibummel ging, deshalb wurde das auch so geschrieben, man hätte es eventuell anders formulieren können.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

6. Soziales (S. 73 – 85)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

Patricia Zangger, GPK: Seite 86, Stimm- und Wahlausschuss:

Präsidentin: Sie sind bereits im Kapitel "Sicherheit und Integration".

Patricia Zangger, GPK: Entschuldigung, das ist ein Missverständnis. Zum Sozialen haben wir keine Bemerkungen.

Gemeinderat: Keine Bemerkungen.

Toni Oesch FdU: Seite 82 und 85: Ich habe schon darauf hingewiesen, dass unser Betagtenheim eine Fundgrube ist. Seit 2008 wurde die Finanzierung neu geregelt. Darum haben die Grossinvestoren das Geschäft entdeckt. Der Gewinn entsteht aus den Ergänzungsleistungen EL der Heiminsassen, also von Steuergeldern. Die Zunahme von EL-Bezüglern im Kanton Bern seit 2003 beträgt 40 Prozent auf 144'000 Personen. Ich komme beim nächsten Traktandum auf das Altersheim zurück.

Noch zum Gemeinderat, Präsidiales: Ich habe dort eine Frage gestellt wegen "Zeichen setzen im Schweizerhubel" – wenn es nicht beantwortet werden kann, so nehmen Sie es bitte als Einfache Anfrage auf. Ich wollte dort auch wegen dem Verkauf der Liegenschaft nachfragen.

Präsidentin: Wir nehmen dies gerne entgegen. Gibt es noch Bemerkungen zum "Sozialen"? Das ist nicht der Fall.

7. Sicherheit und Integration (S. 86 – 94)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort und hier jetzt Patricia Zangger.

Patricia Zangger, GPK: Seite 86, Stimm- und Wahlausschuss: Er war 2013 nicht nur an einem Abstimmungswochenende für die erwähnte Gemeinde-Urnenabstimmung im Einsatz, sondern nahm seine wichtige Aufgabe auch an mehreren weiteren Wochenenden bei kantonalen und eidgenössischen Urnengängen wahr. Die GPK regt an, dies zur Würdigung der Arbeit dieses Gremiums in künftigen Verwaltungsberichten zum Ausdruck zu bringen.

Seite 89, Polizeiliche Bewilligungen: Weshalb haben sich die Bewilligungen Waffenrecht im Vergleich zu den beiden Vorjahren praktisch verdoppelt?

Präsidentin: Hat der Gemeinderat Bemerkungen?

Edi Westphale, Gemeinderat: Punkt 1 nehmen wir sehr gerne auf, das ging uns durch die Lappen. Im nächsten Jahr wird dies im Verwaltungsbericht stehen.

Zu den Bewilligungen Waffenrecht: Eine waffenrechtsbewilligte Person hat 2013 vermehrt Waffenerwerbsscheine beantragt. Pro Gesuch können bis zu drei Waffen beantragt werden. Die Gemeinde Zollikofen leitet das Gesuch der Kantonspolizei weiter und diese stellt die Bewilligung aus. Zur Person: Sie ist Mitglied in einem Schützenverein und mittlerweile aus der Gemeinde Zollikofen weggezogen.

Präsidentin: Das Wort ist offen für die Ratsmitglieder.

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

Berichterstattung zum Schwerpunktprogramm 13/17 (S. 95 - 109)

Präsidentin: Die GPK hat das Wort.

GPK: Keine Bemerkungen.

Toni Oesch, FdU: Seite 100 steht unter Schwerpunkt "Wir entwickeln den Lebensraum nachhaltig – vereint mit der Region." und unter Lösungsansatz "Die Grünflächen aufwerten und vernetzen." Bei der Beurteilung des Gemeinderates steht: "Erfüllt." Für uns sind Grünflächen auch Kulturland, welches eingezont ist oder wird. Für uns heisst das "Nicht erfüllt".

Präsidentin: Weitere Bemerkungen?

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Dann stelle ich fest, dass wir diese Berichterstattung ebenfalls abgeschlossen haben. Wir kommen zur Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse.

Motion Peter Kofel und Mitunterzeichnende betreffend "Solarkataster auch für Zollikofen": Die Motion wurde am 17. Oktober 2012 erheblich erklärt.

Motion Ahila Gunaratnam und Mitunterzeichnende betreffend "Schaffung eines Fussgängerstreifens im mittleren Bereich der Schulhausstrasse".

Diese beiden Motionen stehen in der Kompetenz des Gemeinderates und werden stillschweigend, ohne formellen Parlamentsbeschluss, abgeschrieben.

Hingegen soll das Postulat Anne-Lise Greber und Mitunterzeichnende betreffend "Kampf dem Litterung – lokal und regional" (Punkt 4) abgeschrieben werden. Gibt es hierzu Bemerkungen? Das ist nicht der Fall.

Präsidentin: Ich stelle somit gestützt auf Artikel 54 Absatz 2 Litera c der Gemeindeverfassung fest:

Abstimmung:

1. **Der Verwaltungsbericht 2013 der folgenden Departemente wird zur Kenntnis genommen:**

1. Präsidiales	5. Bildung
2. Finanzen	6. Soziales und Gesundheit
3. Bau und Umwelt	7. Sicherheit und Integration
4. Tiefbau, Ver- und Entsorgung	
2. **Die Berichterstattung 2013 zum Schwerpunktprogramm 13 / 17 wird zur Kenntnis genommen.**
3. **Das Postulat Anne-Lise Greber und Mitunterzeichnende wird als erledigt abgeschrieben.**

30 25.301. Rechnungsabschluss Einwohnergemeinde

Jahresrechnung 2013

Präsidentin: Eintreten ist gemäss Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vorgegeben. Zum Vorgehen: Es ist wie jedes Jahr, wir halten zuerst einen Teil für allgemeine Bemerkungen ab. Anschliessend werden wir die Rechnung im Detail beraten und dann noch die Produkterrechnung NPM, Berichterstattung für die Sekundarstufe I behandeln. Die GPK hat das Wort.

Peter Bähler, GPK: Die GPK hat an ihrer Sitzung die Jahresrechnung kapitelweise durchgearbeitet. In Anwesenheit von Gemeinderat Kurt Jörg und Finanzverwalter David Portner. Wir danken den beiden Herren, dass sie unsere Fragen beantwortet haben und wir danken auch dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Rechnungsablage, die wir wieder in gut nachvollziehbaren Zusammenstellungen erhalten haben. Ein paar Punkte werden wohl in der Detailberatung aufgenommen:

- Mehrwertabschöpfung Lättere: Warum wurde sie nicht budgetiert? Es ist klar, man wusste nicht, wann sie kommt, weil gemäss Infrastrukturvertrag entweder bei der Realisierung oder beim Verkauf der Betrag zur Zahlung fällig ist
- Gibt es eine Zweckbindung für die Verwendung des Ertrages?
- Antennen- und Kabelanlagen (Rechnung S. 9, Konto 321.365.02): Warum genau mit welcher Rechtsgrundlage wird der EBL Telecom AG ein höherer Beitrag zur Verbilligung der Abonnementsgebühren überwiesen als budgetiert: Fr. 683'640.00 statt Fr. 668'160.00? Waren die Entscheidungsgrundlagen beim GGR-Entscheid über den Verkauf der Grossgemeinschaftsanlage GGA diesbezüglich unvollständig? Wie wirkt sich die höhere Zahlung in Bezug auf den Restbestand der Spezialfinanzierung nach zehn Jahren Gebührenverbilligung aus?
- Die Begründung: Das ganze sei neu auch der Mehrwertsteuer unterstellt und das sei dort nicht einberechnet worden, vorher sei die Anlage ja in Gemeindebesitz gewesen. Gibt es eine Rechtsgrundlage, warum wir einen höheren Beitrag an die Abonnementsgebühren zahlen?
- Nettoaufwand Sozialhilfe (Rechnung S. 10, Funktion 580): Ist die erwähnte Steigerung des Nettoaufwands im Vergleich zum Budget auch auf zu tiefe Budgeterwartungen zurückzuführen? Wenn ja, weshalb und in welchem Ausmass? Die Begründung lautete: Man rechnete damit, dass für die Gemeinde weniger Kosten anfallen, wenn die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB wegfällt. Deshalb hat man tiefer budgetiert und dabei festgestellt, dass dies nicht eingetreten ist. Ich nehme an, dass der Finanzvorsteher sich dazu noch äussern wird.

Präsidentin: Der Gemeinderat hat das Wort.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Die Rechnung ist erfreulicherweise besser ausgefallen als budgetiert. Entgegen dem budgetierten und im Voraus berechneten Fehlbetrag von ca. Fr. 1 Mio. hat die Rechnung 2013 mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 140'000.00 abschliessen können. Wenn aber berücksichtigt, dass die voraus berechneten Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen um Fr. 430'000.00 nicht erreicht wurden; dies haben wir letzten Herbst prognostiziert; und die wesentlichen Besserstellungen in der Rechnung gerade reichen, um die Mindereinnahmen zu kompensieren, ist dieser Abschluss umso erfreulicher.

Was ist der Grund für die Besserstellung? Wie Sie der Rechnung entnehmen konnten, wurde auf der Lättere eine Mehrwertabschöpfung fällig. Und zwar von Fr. 1,3 Mio.. Die Fälligkeit konnte nicht budgetiert werden, weil der Zeitpunkt nicht bekannt war. Sie haben es gemerkt: Fr. 1,3 Mio. Mehreinnahmen haben zu einen Ertragsüberschuss von "nur" Fr. 140'000.00 geführt. Ich darf hier feststellen, dass die exakte und aufwändige Budgetierung sich bezahlt macht. Wir sind ja froh über unerwartete Mehreinnahmen, wenn dadurch eine Besserstellung erreicht werden kann. Aber wie gesagt, es war durch unerwartete Einnahmen; budgetiert war grundsätzlich nicht schlecht. Der Überschuss, wird wie bis anhin für zusätzliche Abschreibungen verwendet. Die Finanzlage der Gemeinde stabilisiert sich mit diesem Betrag weiter. Die Mehrheit ist der Meinung, dass das Eigenkapital von Fr. 14,7 Mio. genügend ist. So hat es keinen Wert, dieses weiter aufzustocken. Deshalb dient es den ordentlichen Abschreibungen.

Im Rechnungsjahr 2013 haben die ausserordentlichen hohen Investitionen von Fr. 7,7 Mio. in der Laufenden Rechnung aus eigenen Mitteln beglichen werden. Damit kann ich festhalten, dass am 31. Dezember 2013 keine Fremdschulden vorhanden waren. Das ist für unsere Gemeinde sehr erfreulich. Dies mein Eingangsreferat, nun zu den Antworten auf die Fragen der GPK. Zur Antennenanlage: Nach kantonaler Gemeindeverordnung, Artikel 91, werden die Gebühren immer ohne Mehrwertsteuer berechnet. Selbstverständlich ist aber die Mehrwertsteuer geschuldet und muss am Schluss aufgerechnet werden. Das ist in Bericht und

Antrag nicht ganz so gut zum Ausdruck gekommen. Die Beträge waren aber immer mit dem Hinweis "exklusive Mehrwertsteuer" versehen. Somit sind die Berechnungen, wie lange die vorhandenen Mittel zur Verbilligung der Kabelgebühr reichen, nicht ganz korrekt. Eben wegen der fehlenden Mehrwertsteuer. Wir können aber davon ausgehen, dass die vorhandenen Mittel trotzdem für die gesamten zehn Jahre reichen und dass auch ein Restbetrag übrig bleibt, der dann in die allgemeine Gemeindekasse fliesst. Und dies nicht, weil das vorhandene Kapital auf "dubiose" Art vermehrt wird. Es hat einen einfachen Grund: Die Abnahme der Abonnenten ist wesentlich grösser, als man es seinerzeit in der Rechnung eingesetzt hat. Deshalb reicht das vorhandene Kapital, auch wenn es keine Abnahmen mehr gibt, aus, es bleibt ein Betrag übrig für die allgemeine Gemeindekasse.

Zur Mehrwertabschöpfung: Zollikofen hat kein Reglement, wie die Zweckbindung sein sollte. Die Verwendung der Mehrwertabschöpfung wurde bei uns nie zum Voraus bestimmt, gestützt auf die konstante Praxis und das Stetigkeitsprinzip ist die Mehrwertabschöpfung der Laufenden Rechnung gutgeschrieben worden. Diese wurde beim Verkauf des Projektes fällig, die Eigentümer des Landes haben das Projekt verkauft, die Mehrwertsteuer wurde fällig. Wenn sie selber gebaut hätten, wäre die Mehrwertabschöpfung bei der Abnahme des Schnurgerüstes fällig worden.

Mirjam Veglio, Gemeinderätin: Es ist nachvollziehbar, dass eine Budgetabweichung in diesem Ausmass Fragen aufwirft und ich kann diese hier beantworten. Die Abweichung im Konto ist hauptsächlich auf die wirtschaftliche Hilfe zurückzuführen, vor allem auf der Aufwandseite, ein Teil aber auch auf der Ertragsseite. Wie kommt es dazu? Der Aufwand 2013 im Voranschlag basiert auf einer Hochrechnung Mitte Juni 2012. Man geht von möglichst neuen Zahlen aus, um allfällige Trends mit in die Budgetierung einbeziehen zu können. Wir gingen seinerzeit von einer Zunahme der Fälle von zwei Prozent aus, das war zu lesen. In Zahlen ergibt dies ein Budget von rund Fr. 5,75 Mio. Dann wurde der Bereich Vormundschaft in Abzug gebracht, er ging zum Kanton über. Das haben wir mit Platzierungskosten von rund Fr. 900'000.00 beziffert. Daraus resultierte der Voranschlag 2013 mit Fr. 4,85 Mio., so wie er im Budget ist.

Die Realität hat sich leider nicht an das Budget gehalten, Sie sehen dies in der Rechnung 2013. Bereits im zweiten Halbjahr 2012 hat die wirtschaftliche Hilfe stark zugenommen, das erklärt auch die Diskrepanz zwischen Rechnungsabschluss 2012 und Voranschlag 2013. Es ist ja hier mit zwei Prozent und sieben Prozent erklärbar, aber so kann man es nachvollziehen. Im Jahr 2013 stiegen die Kosten für die wirtschaftliche Hilfe weiter an und dies nicht, weil die Ansätze in der Sozialhilfe, also die SKOS-Richtlinien geändert hätten, sie sind genauso wie in den gesetzlichen Vorschriften und in der Gemeinde nicht direkt steuerbar. Was man feststellen kann: Die Anzahl Fälle und die Anzahl unterstützter Personen im Vergleich zu 2012 im Jahr 2013 deutlich zugenommen haben. Zum Verständnis: Ein "Fall" kann eine Einzelperson sein, aber auch eine grössere Familie. Und wir haben gemerkt, dass die Unterstützungsdauer auf der Zeitachse zunimmt, Menschen können weniger rasch von der Sozialhilfe abgelöst werden.

Wichtig ist, aufzuzeigen, dass Zollikofen keine Ausnahme ist. Ein Schreiben der Gesundheits- und Fürsorgedirektion bezieht sich auf eine repräsentative Hochrechnung im Mai 2013, ich zitiere: "Die Hochrechnung wies eine beunruhigende Zunahme der Kosten im Bereich der wirtschaftlichen Hilfe auf". Dieser Trend ist gesamtkantonal für das Jahr 2013 zu verzeichnen. Ich kann nicht abschliessend beantworten, weshalb sie ansteigt, habe aber drei Punkte notiert, die für uns Hauptgründe sein könnten. Einerseits ist es auf die Kürzung der Taggelder in der Arbeitslosenversicherung zurückzuführen, weniger lange, weniger Taggelder. In Zollikofen leben Migrantinnen und Migranten, die über keine oder ungenügende Ressourcen verfügen um im Arbeitsmarkt Fuss fassen zu können. Ohne Einkommen sind die Menschen auf Sozialhilfe angewiesen. Der dritte Punkt: IV-Gesuche und Renten werden strenger gehandhabt und die Sozialhilfe muss oft bis zum Entscheid vorfinanzieren oder sie muss ergänzend wirken. Wird ein Gesuch abgelehnt, fliessen auf Ertragsseite keine Gelder

an die Gemeinde zurück. Die erwähnten ALV- und IV-Einrichtungen haben also einen unmittelbaren Einfluss auf die Ertragsseite in der Sozialhilfe in der Rechnung der Gemeinde. Ein grosser Teil des Kontos "Rückerstattungen wirtschaftliche Hilfe" besteht aus bevorschussten Arbeitslosen-Taggeldern und IV-Leistungen. Und gerade die IV-Leistungen beeinflussen das Ergebnis stark, weil sie oft über eine längere Zeit ausgerichtet werden. Ich möchte an dieser Stelle auf die Interpellation von Marcel Remund, beziehungsweise auf die Antwort des Gemeinderates hinweisen. Dort finden Sie die Hintergründe. Wer sie nicht mehr hat, kann sie von der Gemeindefwebseite herunterladen.

Präsidentin: Somit wäre für allgemeine Bemerkungen das Wort offen für die Fraktionen.

Markus Burren SVP: Das Budget hat nur deshalb besser abgeschlossen, weil wir "Schwein" gehabt haben. Das heisst, wie Kurt Jörg gesagt hatte, die Lätti-Grube hat uns massgeblich "den Karren zum Dreck herausgerissen". Die Rechnung zeigt die labile Lage der Gemeinde Zollikofen ganz klar auf. Neben stetigen Ausgaben bleiben die Einnahmen knapp stabil. Der harmonisierte Steuerbetrag ging in diesem Jahr zurück. Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass unsere Rechnung nur dank der ausserordentlichen Einnahmen gerettet werden konnte.

Die Budgetdisziplin ist in der Rechnung ersichtlich. Aber es ist weiterhin gefragt, dass wir sachte haushalten mit unseren Steuergeldern. Die SVP lässt sich zum heutigen Zeitpunkt bewusst nicht auf eine Steuerfuss-Diskussion ein. Zuerst müssen die Kommissionen, die Verwaltung und der Gemeinderat die Hausaufgaben machen für den Budgetprozess 2015. Die Aufgabenstellung ist klar: Wir erwarten ein ausgeglichenes Budget, ohne dass ein Steuerhahn mehr geöffnet wird. Wie schon beim Verwaltungsbericht haben wir auch hier kaum Bemerkungen anzubringen. Zum NPM Sekundarstufe haben wir auch keine Bemerkungen und stimmen dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu.

Marceline Stettler GFL: "Zollikofen schreibt schwarze Null" konnten wir Ende März lesen. Super - man kann zufrieden sein. Schwarze Nullen sind das Ziel Vieler. Besten Dank allen Akteuren vor und hinter den Kulissen für ihre grosse Arbeit. Eine Arbeit, die nicht immer einfach ist und auch nicht immer dankbar. Die GFL wird dem Antrag des GR zustimmen - obwohl uns ein Satz im erwähnten Infoschreiben hellhörig machte: Zitat: *"Durch den erfreulich guten Abschluss wird die Finanz- und Schuldensituation der Gemeinde stabilisiert"*. Stabilisiert heisst laut Duden, etwas in einer Position oder Lage zu halten. Wir haben uns gefragt, wie eine Position oder eine Lage "gehalten werden kann", wenn diese nur dank einem einmaligen Zustupf überhaupt erreicht werden konnte?

Aus diesem Grund erlauben wir uns eine Bemerkung, ohne gleich den Drohfinger aufzustrecken und diese wäre nicht nur für den GR gedacht, er betrifft uns alle hier. Dieser Glücksfall mit den 1,3 Millionen ist wirklich nur einmalig oder anders ausgedrückt, ohne diesen Glücksfall wären wir noch tiefer in den roten Zahlen als budgetiert! Dies sollten wir nicht vergessen!

Martin Köchli, BDP: Die BDP hat die Jahresrechnung geprüft und wir sind der Meinung wie der Finanzvorsteher, wir beurteilen die Rechnung als erfreulich und solide. Die Rechnung schliesst mit einer schwarzen Null ab, das ist erfreulich. Aber ebenfalls zu erwähnen, ist, dass ein ausserordentlich hohes Investitionsvolumen getätigt wurde von den Fr. 7,18 Mio., die doch aus eigenen Mitteln finanziert werden konnten. In den letzten Jahren hatten wir einen durchschnittlichen Investitionsanteil von 11,3 Prozent. Auch die Bestandesrechnung weist wie erwähnt, keine festen Schulden aus und auch die Eigenkapitalanlage ist mit Fr. 14 Mio. erfreulich. Dies kam durch Mehreinnahmen zustande und wir werden in Zukunft keine Hand bieten zur Erhöhung der Steuersätze, aber das Positive muss erwähnt werden. Ebenfalls zu erwähnen: Der Vorbericht, der hier liegt, ist übersichtlich und gibt nachvollziehbar Auskunft über Minderaufwände und Erträge. Beim Punkt "Nettoaufwand Sozialhilfe", der über 109 Prozent über der Budget-Erwartung liegt, haben wir bereits vorgängig Informationen erwartet und nicht nur in einem Satz. Wir haben die Erklärung nun gehört. Abschlies-

send danken wir den Verantwortlichen für die Rechnungsführung, vorab David Portner und seinem Team und allen Beteiligten, die einen Beitrag zur Ausgabendisziplin geleistet haben.

Philip Steiner, SP: Die SP Fraktion hat den Bericht zur Rechnung 2013 besprochen und darf hier erfreut feststellen, dass das Gesamtergebnis wieder besser ausfällt als erwartet, ausgelöst durch den Ertrag aus der Mehrwertabschöpfung für das Gebiet „Lättere“, einem Ertrag, der gemäss Planungs- und Infrastrukturvertrag für diese Überbauung im Rechnungsjahr fällig geworden ist. Dieser zusätzliche Ertrag hat zu einem ausgeglichenen Abschluss geführt, anstatt einer Million Defizit. Ich möchte hier noch für die Erklärung danken, weshalb bei der Budgetierung noch nicht mit dieser Zahlung gerechnet werden konnte.

Wir danken dem Gemeinderat und der Finanzverwaltung für die ausführliche, gut verständliche Rechnungsvorlage, aber auch all jenen Mitwirkenden in der Verwaltung und den Kommissionen, die im Budgetvollzug Disziplin gezeigt und so ebenfalls zum guten Abschluss beigetragen haben und hoffen, dass dieser Trend anhält. Die Erläuterungen im weissen Teil des Rechnungsdokumentes und in den Anhängen geben detailliert Auskunft zu allen Sachverhalten und lassen für uns keine Fragen offen. Wir danken für Wahrheit und Transparenz.

Die Stellungnahme der Finanzkommission nehmen wir zur Kenntnis und können den Ausführungen folgen. Sehr erfreulich ist auch für uns die Tatsache, dass die Gemeinde die Rechnung abschliesst, ohne fremde Schulden auszuweisen. Die SP betrachtet die Vermeidung von Schulden als eine gute und wichtige Sparmassnahme. Die weitgehende Vermeidung von Zinsen für externe Schulden muss für uns auch künftig ein Ziel bleiben.

Zu denken geben uns der steigende Aufwand für Sozialhilfe und der rückläufige Netto-Steuerertrag. Zu den Sozialhilfeausgaben gibt die Antwort des Gemeinderates auf die Interpellation Marcel Remund erschöpfend Auskunft. Eine zusätzliche Erklärung dazu hat vor einiger Zeit unser Volkswirtschaftsminister, Herr Bundesrat Schneider-Ammann geliefert, der öffentlich die Meinung vertreten hat, dass bei Löhnen, die für den Lebensunterhalt nicht ausreichen, ja unser hervorragendes Sozialsystem den Ausgleich bringen könne. Kein Wunder, dass auf diese Art die Sozialausgaben weiter steigen.

Bei den Steuererträgen ist es ähnlich. Die Auswirkungen der Steuergesetzrevision 2012 des Grossen Rates werden nun spürbar. Das Volk hat diese Steuerpolitik gutgeheissen. Sie bewirkt aber, dass überall Steuereinnahmen fehlen, die zur Aufgabenerfüllung von Kanton und Gemeinden nötig wären.

Die tieferen Steuererträge und weitere noch unsichere Auswirkungen des kantonalen Sparprogramms zwingen uns, die Entwicklung des Finanzhaushalts der Gemeinde auch in Zukunft sorgsam und kritisch zu beobachten. Der Voranschlag 2014 und der Finanzplan ab 2015 mahnen jedenfalls zur Vorsicht. Die SP-Fraktion empfiehlt die Jahresrechnung 2013 zur Genehmigung.

Marcel Remund, FDP: Wenn man die Jahresrechnung 2013 betrachtet, ist ein gewisser Wiedererkennungswert nicht abzustreiten. Zum wiederholten Mal schliesst die Gemeindefinanzrechnung besser als budgetiert ab, das Eigenkapital ist mit Fr. 14.4 Mio. gut ausgestattet und Zollikofen hat keine langfristigen Fremdschulden. Alles in allem sind unsere Gemeindefinanzen also sehr solid. Die FDP-Fraktion dankt dem Finanzvorsteher, dem Finanzverwalter und seinem Team für die kompetente Führung und Darstellung der Jahresrechnung. Wir werden die Jahresrechnung 2013 genehmigen.

Nach einigen Jahren mit eher tiefem Investitionsvolumen erhöhten sich die Investitionsausgaben auf Fr. 7,8 Mio. Die zwei grössten Positionen waren dabei die Sanierung der Mehrzweckhalle Geisshubel und die Sanierung des Verwaltungsgebäudes. Dies konnte nur teilweise aus der laufenden Jahresrechnung finanziert werden. Deshalb sanken die flüssigen Mittel um 6,3 auf noch Fr. 5,7 Mio. Aufgrund der geplanten Investitionen gemäss Voranschlag 2014 bzw. des Finanzplanes wird Zollikofen daher wohl bald wieder langfristige

Fremdschulden aufnehmen müssen. Dies ist vertretbar, wenn es Finanzierungen für wirtschaftlich sinnvolle Infrastrukturvorhaben betrifft.

Der FDP-Fraktion bereiten hauptsächlich zwei negative Trends Sorgen:

1. Der Kostenanstieg in der sozialen Wohlfahrt geht weiter. Der Nettoaufwand konnte zwar gegenüber Vorjahr stabilisiert werden - dies jedoch nur aufgrund höherer Rückerstattungen bzw. höherem Nettoertrag aus dem Lastenausgleich. Die vom Bürger via Gemeinde- und Kantonssteuer zu tragenden Lasten nahmen zu.
2. Das Parlament hat in den letzten Jahren immer wieder neue wiederkehrende Ausgaben beschlossen. Diese mögen im konkreten Fall gut begründbar und überschaubar sein. Diese Ausgaben summieren sich jedoch mit der Zeit. Der Mut sollte da sein, sich auch Mal von nicht mehr prioritären Aufgaben zu trennen.

Zum Schluss möchte ich noch eine eher finanztechnische Frage an den Finanzvorsteher oder an den Finanzverwalter stellen. Für die Gemeinden im Kanton Bern soll ab 2016 schrittweise das harmonisierte Rechnungslegungsmodell 2 eingeführt werden. Gibt es eine Einschätzung, welche Auswirkung die Anwendung dieser Richtlinien auf die zukünftigen Jahresrechnungen von Zollikofen hätte, wie zum Beispiel die rückwirkende Anpassung des Eigenkapitals oder veränderter Abschreibungssätze?

David Portner, Finanzverwalter: Stichwort HRM 2: Wir haben innerhalb der Abteilung die erste Auslegeordnung gemacht. Die Vorgaben für die Abschreibungssätze werden neu definiert sein, die Darstellung der Jahresrechnung wird anders sein, also einschneidende Sachen. Nicht einfach ein "Lifting" der Jahresrechnung, wie sie heute vorliegt. Die Einführung ist auf den 1. Januar 2016 geplant, also die erste neue Jahresrechnung wird im Frühjahr 2017 vorliegen. Wir werden nun bezüglich der neuen Eigenheiten geschult, ab Herbst für das Fachpersonal, danach gibt es Behördeninstruktionen, Finanzkommission, Gemeinderat, bis es dann auf Parlamentsebene "landen" wird. Wir werden vorzu, wenn wir es als nötig erachten, weiter informieren.

Präsidentin: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Thomas Ackermann, CVP: Auch wir finden das Ergebnis der Jahresrechnung erfreulich. Schlussendlich. Ich persönlich habe mich auf den Vorbericht, die ersten weissen Seiten im blauen Ringheft, konzentriert. Die Kommentare dort überzeugen. Wer diese Seiten nicht liest, verpasst Interessantes und Informatives. Der Finanzverwalter hat gewechselt, aber die Qualität der Dokumentation ist unverändert hoch geblieben. Wir danken dem Finanzvorsteher und dem Finanzverwalter für die sorgfältige Rechnungsführung. Wir werden der vorliegenden Rechnung zustimmen.

Toni Oesch, FdU: Seit vielen Jahren führe ich diese Tabelle (*Anmerkung der Protokollführerin: Siehe Tabelle Seite 73*) nach, fast 40 Jahre. Damit will ich vor allem zeigen, wie die Budgetzahlen jeweils von den effektiven Ergebnissen abweichen. Eine wichtige Prognose ist jene vom Herbst des Berichtsjahres. Sie zeigt einerseits die sinkende Tendenz des Defizites. Andererseits wird sie für die Budgetierung des Folgejahres herangezogen, die ja immer pessimistisch sein muss, um auszusagen, wir müssen die Steuern erhöhen. Frau Roll wird sicher die Tabelle ins Protokoll übernehmen, sodass ich nicht jede Zahl ablesen muss und wegen Redezeitüberschreitung abgewunken werde. Mit vielem Dank, sie macht das überhaupt "souguet".

Rechnungsjahr	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
in Tsd.Fr.								
a) Voranschlag: Aufwand-überschuss	-507	-1'492	-1,200	-541	-651	-1'412	-691	-1'051
b) Abschlussprognosen Fi.-Verwaltg.								
im Oktober:								
Aufwandüberschuss	-556	-823	-800				-472	-605
Ertragsüberschuss				57	2'537	300		
c) def. Rechnungsergebnis:								
Ertragsüberschuss	426	209 *)	917 *)	443 *)	3'376*)	1'707	-334	137*)
Fehlprognosen	933	2'701	2'117	984	4'027	3'117	357	1'188
Steueranlage	1,45	1,45	1,45	1,40	1,40	1,40	1,40	1,40
*) 2006-2013 total 7,2 Mio.Fr. als zusätzliche Abschreibungen verwendet								
1 Steueranlage-Zehntel 1,54 Mio.								
Eigenkapital per anfangs Jahr:								
a) in Mio. Fr.	14,3	14,7	14,7	14,7	14,7	14,7	14,7	14,4
b) in Steuerzehnteln: Zollikofen								9,4
Bestandesrechnung per 31.12.2013:								Mio.Fr.
			Finanzvermögen					29,4
			Verwaltungsvermögen					22,9
						Total		52,3
			Brandversicherungswerte: Gebäude					118,3
						Mobilien		14,1
			d.h. mind. 100 Mio.Fr. stille Reserven					
			Mittel- und langfristige Schulden	per 31.12.	Null	Null		
			ohne Spez.Fi.					

Im Laufe der Zeit haben wir bei den Jahresabschlüssen immer positive Ueberraschungen erlebt. Auch im 2013 ist eine nicht budgetierte Einnahme von Fr. 1,3 Mio aus der Mehrwertabschöpfung Lättere vereinnahmt worden. Die ist früher herein gekommen als erwartet. Es ist richtig, solche ausserordentlichen Erträge nicht zu budgetieren, weil der Eingang ungewiss ist und weil der Schlendrian Auftrieb erhalten würde. Ein Wort zu dieser Mehrwertabschöpfung: Bei der Lättere-Einzonung ist viel zu wenig abgeschöpft worden, etwa Fr. 3 bis 3,5 Mio. Vom Planungsmehrwert von Fr. 12 Mio. würden bei einer 40-prozentigen Abschöpfung Fr. 4,8 Mio.. heraus schauen, aber man hat die Projektkosten, Kanalisation, Trottoir und sogar noch die Kosten für das Altlastenproblem und die Baugrundabsicherung abgezogen.

Auch die sogenannte Gratislandabtretung haben wir bezahlt. Die 40 Prozent sind früher vom Gemeinderat festgelegt worden. Münchenbuchsee schöpft 35 % ab, ohne jegliche Anrechnung. Die sind schlauer als wir in Zollikofen. Anlässlich der Volksabstimmung vom Februar 2013 hat das Schweizer Volk obligatorisch für die Mehrwertabschöpfung 20 Prozent festgelegt. Das hätte eigentlich rückwirkend Gültigkeit, also auch für die Lättere-Einzonung. Das ist unter der Aegide des freisinnigen Alt Gemeindepräsidenten Funk mit dem damaligen GGR passiert, mit Ausnahme von zwei Mitgliedern. Nur etwa 60 Prozent der Stimmenden haben anlässlich der Referendumsabstimmung zugestimmt.

Anlässlich der letzten GGR-Sitzung beim Geschäft Buslinie 41 hat der Freisinn auf höchstem Niveau über die Finanzen gejammert. Dann muss man sich schon fragen, wie sich das mit dem grosszügigen Geschenk von Fr. 3,5 Mio. an die Landeigentümer von der Lättere reimt. Ich komme im Detail darauf zurück, bei der Rechnungsabnahme.

Präsidentin: Weitere Wortmeldungen?

Markus Burren, SVP: Es freut mich, dass Ihr bei der Budgetdebatte alle mithelft, von links nach rechts war es zu hören, dass man zum Geld schauen soll

Präsidentin: Weitere Fragen aus dem Rat? Möchte der Gemeinderat eine Ergänzung anbringen? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir nun zur Detailberatung. Ich möchte Euch bitten, die Seiten und Kontonummern, sobald an der Reihe, klar auszusprechen, damit sich die anderen positionieren können - wir machen dies anhand der Farben.

Vorbericht (S. 1-19, weiss):

Peter Bähler, GPK: Die GPK hat zur ganzen Rechnung keine Bemerkungen mehr. Erst zur Produktrechnung.

Präsidentin: Das Wort ist offen für alle Ratsmitglieder.

Martin Köchli, BDP: Seite 7, Öffentliche Sicherheit: "Der Nettoaufwand der Öffentlichen Sicherheit liegt um 6,4 Prozent unter dem budgetierten Wert". Dort müsste doch "über dem budgetierten Wert" stehen?

David Portner, Finanzverwalter: Hier geht es um den Nettoaufwand, er ist tiefer als im Voranschlag vorgesehen.

Toni Oesch, FdU: Seite 15 Investitionsrechnung: Nettoinvestitionen im Steuerhaushalt, das heisst, ohne Spezialfinanzierungen, sind für Fr. 7,2 Mio. ausgewiesen. Wir müssen noch die Amortisation des Betagtenheims von Fr. 510'000.00 dazu zählen. Das ergibt dann für Fr. 7,7 Mio. Investitionen und somit Fr. 6,8 Mio. höher als im 2012.

Dieser grosse Zuwachs ist die Folge der grossen, im gleichen Jahr ausgeführten Investitionen, wie die Renovation des Gemeindehauses und der Mehrzweckhalle. Das ist ein Fehler gewesen, weil dadurch die Abschreibungen enorm in die Höhe getrieben wurden. Mit Fr. 1,7 Mio. sind sie um Fr. 660'000.00 höher ausgefallen als im Vorjahr. Weil der Abschreibungssatz von 10 Prozent vom Buchwert im ersten Jahr enorm anhängt, gibt es diese grosse Spitze.

Auf das Jahr 2015 oder 16 war vorgesehen, auf das viel bessere Abschreibungsmodell „Abschreibung vom Herstellungswert“ umzustellen. Beim Kanton gab es anscheinend Schwierigkeiten, so dass die nötige Umstellung um ein Jahr verschoben wird.

Im zweitletzten Abschnitt des gleichen Kapitels wird die letztmalige Amortisation von Fr. 510'000.00 des Investitionsbeitrages des Betagtenheims erwähnt und auf das Konto 570.669.01 verwiesen. Zur Wiederholung soll gesagt sein: Mit der neuen Finanzierung müs-

sen die Heiminsassen auch an die Infrastruktur bezahlen. Deshalb sind viele gezwungen, Ergänzungsleistungen EL zu beziehen. Das sind Steuergelder. Im Heim sind 2013 keine Investitionen mehr getätigt worden, aber einige Jahre vorher noch für rund Fr. 700'000.00 jedes Jahr. Die sind als Unterhalt verbucht worden und es wurden immer noch Gewinne ausgewiesen. Andererseits sind 2013 die Tarife gesenkt worden.

Neben dem finanziellen Aspekt gibt es noch einen ideellen, nämlich der Verlust in drei Jahren unseres intakten Betagtenheims. Die Schliessung des Heims ist ja damit begründet worden, die Verluste seien nicht tragbar und es sei nicht Aufgabe der Gemeinde, ein Altersheim zu betreiben. Zudem ist Angstmacherei betrieben worden, das Haus sei nicht erdbebensicher. Das alles ist passiert unter der tatkräftigen Mithilfe von SP-Regierungsrat Perrenoud.

In der BZ vom 7. Mai steht, dass die Gewerkschaften befürchten, dass unter dem Gewinnstreben der privaten Betreiber die Qualität der Betreuung in den Heimen leidet. Nationalrat Corrado Pardini von der Unia meint, die weitere Privatisierung sei höchst problematisch, die Löhne würden zugunsten der Rendite gedrückt und wenig qualifizierte Arbeitskräfte würden angestellt.

Nachdem unser Betagtenheim bei der Gemeinde mit Nullwert in den Büchern steht, wäre es wichtig zu wissen, was das für Auswirkungen auf das Heim hat, ob es weiterhin Amortisationen leisten muss oder ob es die Tarife deshalb senken kann. Dadurch würde unser Heim konkurrenzfähig zu privaten Heimen. Ich bitte Kurt Jörg darüber um Auskunft. Er ist ja Vizepräsident des Altersheimvereins, man weiss, nicht aus altruistischen Gründen.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Es sind viele Fragen, ich versuche Antworten zu geben, fragen Sie sonst bitte nach. Die Tarife wurden gesenkt, weil der Entscheid gefallen war, dass das Heim geschlossen und an die Bernstrasse gezügelt wird. Somit haben wir weniger Investitionsbedarf und es geht nur um diesen, es wurde nur der Teil gesenkt, der wesentlich kleiner ist, als wenn man in die Zukunft weiter betreiben würde. Darum hat man die Tarife vorübergehend gesenkt und das steht auf jeder Abrechnung, es ist eine vorübergehende Senkung, weil der Investitionsbedarf weniger hoch ist für die Restzeit, in welcher das Heim betrieben wird.

Es werden trotzdem laufend Investitionen gemacht, das Heim wird für die Bewohner auf einem guten Standard gehalten, ich möchte hier ausdrücklich erwähnen, dass nichts "verlottert". Als der Kanton das Finanzierungssystem geändert hat, machte das nicht die Gemeinde. Wir müssen uns aber daran halten, die Kostenobergrenze einzuhalten. Diese ist vom Kanton vorgegeben. Das Betreuungspersonal ebenfalls. Sonst kann es nicht aus den Geldern der EL finanziert werden. Anders gesagt: Bewohnende des Heimes können keine EL beziehen, wenn sich das Heim nicht an die Vorgaben hält. Diese müssen jährlich bei der kantonalen Direktion, der Gesundheits- und Fürsorgedirektion hinterlegt werden. Hier gibt es keine Bereicherung auf privater Seite. Sind noch weitere Fragen?

Toni Oesch, FdU: Danke, es ist in Ordnung. Noch eine Frage zur Seite 17, Selbstfinanzierungsgrad: Dieser wird hier mit 11,91 Prozent angegeben, aber für 2013 hat sich die Gemeinde nicht neu verschuldet. Wie ist das zu verstehen? Geht es hier um kurzfristige Schulden? Mittel- und langfristige Schulden ist ausgewiesen "Null".

Kurt Jörg, Gemeinderat: Wir haben keine Fremdschulden, keine Schulden bei der Bank oder anderen Geldinstitutionen. Wir haben aber noch Schulden bei unseren Spezialfinanzierungen. Bei Wasser, Abwasser, Antennenanlage und so weiter. Aber wir haben keine Fremdschulden.

Toni Oesch, FdU: Ich muss nachdoppeln. Auch der Selbstfinanzierungsgrad für den Steuerhaushalt ohne Spezialfinanzierung ist lediglich knapp, 26 Prozent. Etwas kann hier nicht stimmen. Hier müssen Sie nochmals über die Bücher.

David Portner, Finanzverwalter: Der Selbstfinanzierungsgrad, welcher auf Seite 17 oben ausgewiesen ist, bemisst ein Jahr. Es bildet nicht die verfügbaren Mittel aus den Vorjahren ab, sondern den Umsatz im Jahr. Die 11,91 Prozent, mit der Investitionstätigkeit, die dort berechnet ist, gibt die Selbstfinanzierung und dort dazu die Nettoinvestitionen. Die Auflistung und Ausrechnung findet man auf Seite 85 detailliert ausgewiesen, wie sich der Selbstfinanzierungsgrad bemisst. Er schaut strikte das Betreffnis pro Jahr an. Per Ende Jahr haben wir keine Fremdmittel, sowohl kurzfristig, das heisst, bis zu einem Jahr und langfristig, das heisst, ab einem Jahr – alles ist "Null". Im Dezember brauchten wir kurz eine Finanzierungspritze von Fr. 1 Mi, man sieht sie im Buchverkehr, als Überbrückungskredit, den wir aber per 31.12. schon wieder zurückgezahlt haben.

Ergebnisse / Finanzierungsausweis (S. 20 - 21, hellgelb):

Keine Bemerkungen.

Zusammenzug Bestandesrechnung (S. 22 - 23, grün):

Keine Bemerkungen.

Zusammenzug Laufende Rechnung (S. 24, rosa):

Keine Bemerkungen.

Artengliederung Laufende Rechnung (S. 25 – 29, weiss):

Keine Bemerkungen.

Artengliederung Investitionsrechnung (30 – 32, weiss):

Keine Bemerkungen.

Abschreibungstabelle (S. 33 - 34, hellblau):

Keine Bemerkungen.

Verpflichtungskreditkontrolle (S. 35 - 41, gelb):

Keine Bemerkungen.

Nachkreditabelle (S. 42 - 44, weiss):

Keine Bemerkungen.

Laufende Rechnung; Detail (S. 45 - 66, rosa):

Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Wir kommen zu den laufenden Rechnungen, wo es Kontonummern hat. Wenn jemand eine Bemerkung hat, machen wir das kapitelweise:

Kapitel 0, Allgemeine Verwaltung (S.45 – 47)

Keine Bemerkungen.

1 Öffentliche Sicherheit (S. 47 – 49)

Keine Bemerkungen.

2 Bildung (S. 49 – 52)

Keine Bemerkungen.

3 Kultur und Freizeit (S.52 – 55)

Keine Bemerkungen.

4 Gesundheit (S. 54 + 55)

Keine Bemerkungen.

5 Soziale Wohlfahrt (S. 55 – 57)

Toni Oesch, FdU: Seite 56 Altersheime, Kto. 570.469.01 Abgeltung Infrastruktur rund Fr. 249'000.00.00 Das ist die Rechnung der Gemeinde an das Betagtenheim, etwa analog der Abgeltung eines Baurechts. Hier schalte ich eine Bemerkung ein: Zuhanden des Protokolls sei erwähnt, dass die Stiftung Waser, das neue Demenzzentrum an der Bernstrasse, an die BDO übergegangen ist. Das hat Kurt Jörg an der HV des Altersheimverein vom 22. April gesagt und die Unternehmung gerühmt. Vielleicht kann er etwas darüber sagen. Vorher hat sie Visura geheissen. Ich kenne diese Solothurner Treuhand- und Immobilien-Gesellschaft gut. In der BZ vom 7. Mai hat man lesen können, dass die zukünftige Betreiberin vom Zentrum, die Senevita, an die französische Orpea-Gruppe verkauft worden ist. Wie sich das entwickeln wird, ist ungewiss. Der französische Wirtschaftsminister will bekanntlich gegen die Schweiz vorgehen wegen der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative.

Der Leiter der Unternehmensentwicklung Müller bei der Senevita hat vorher bei der Bauunternehmung Marazzi das Sagen gehabt. Ich habe ihn kennen gelernt, als er die Kläymatte- und die Häberlimatte überbaut hat. Er ist YB-Präsident. Das Stadion Wankdorf hat Marazzi gebaut. Auch die Marazzi AG ist schon vorher mit der Losinger nach Frankreich verkauft worden, dort an die grösste Bauunternehmung Buygues. Sie hat sogar eine eigene Mannschaft an der Tour de France. Man kann auch hier sagen: „Der geneigte Leser merkt etwas“, aber nur vielleicht.

Kurt Jörg, Gemeinderat: Ich habe nirgendwo gesagt, dass die Waser-Stiftung in andere Hände übergegangen ist, weder an einer Hauptversammlung noch sonst irgendwo. Ich weiss nichts davon. Die Senevita ist übergegangen, bleibt aber innerhalb der Gruppe eine eigenständige Unternehmung in der Schweiz. Sie kann aber vom europäischen Know how profitieren. Das waren ungefähr meine Worte an der Hauptversammlung.

6 Verkehr (S. 57 bis 59):

Keine Bemerkungen.

7 Umwelt und Raumordnung (S. 59 – 63)

Keine Bemerkungen.

8 Volkswirtschaft (S. 63 - 64)

Keine Bemerkungen.

9 Finanzen und Steuern (S. 64 – 66)

Keine Bemerkungen.

Investitionsrechnung; Detail (S. 67 - 72, orange):

Keine Bemerkungen.

Bestandesrechnung; Detail (S. 73 - 79, grün)

Toni Oesch, FdU: Seite 75, Kto 1143.18: Der Beweis, dass per 31.12.2013 das Betagtenheim mit Null Franken zu Buche steht.

Anhänge 1 - 3 (S. 80 - 82, weiss)

Keine Bemerkungen.

Zusatzauswertungen (S. 83 -92, weiss)

Martin Köchli, BDP: Die Säule "Investitionsanteil" auf Seite 88 das ist nicht der Mittelwert sondern der Eingangswert, der dargestellt ist. Das zeigt das hohe Investitionsvolumen.

David Portner, Finanzverwalter: Danke für den Hinweis, wir haben es bereits korrigiert. Auch bei der Informatik läuft nicht alles automatisch, manchmal muss man das Jahr auch entsprechend am richtigen Ort eintragen. Jede Säule müsste einmal nach links verschoben werden, dann wäre es richtig.

Präsidentin: Damit haben wir die Rechnung 2013 beraten. Wir kommen nun zur Produkterrechnung NPM, Berichterstattung Jahr 2013 für die Sekundarstufe I. Zu den allgemeinen Bemerkungen.

Peter Bähler, GPK: Die Geschäftsprüfungskommission Zollikofen hat am 23. April 2014 die Wirkungsprüfung nach Gemeindeverfassung Art. 57, Absatz 2, Buchstabe c, vorgenommen. Der Bericht des Gemeinderates über die Erreichung der Wirkungs- und Leistungsziele der einzelnen Produkte der Sekundarstufe I liegt Ihnen vor.

Die Prüfung beschränkte sich auf Stichproben zur Beurteilung ausgewählter Produkte bezüglich der formellen Anforderungen, der Richtigkeit der Indikatoren und der Angemessenheit des Standards. Geprüft wurden besonders jene Indikatoren, die im Vorjahr Anlass zu Bemerkungen der GPK gegeben hatten oder die verlangten Ziele nicht erreicht wurden. Weiter folgte die Kontrolle, ob die Entnahmen aus der Spezialfinanzierung dem Reglement entsprechen.

Die GPK dankt dem Gemeinderat, der Schulverwaltung und der Schulleitung für den Bericht und die ergänzenden Unterlagen. Von den total 26 geprüften Leistungszielen wird der Zielwert bei 23 erreicht oder überschritten. Bei drei Teilvorgaben wurde das Leistungsziel nicht erreicht. Die entsprechenden Begründungen, welchen die GPK folgen kann, finden Sie im Bericht auf Seite 12. Die Geschäftsprüfungskommission bestätigt, dass die Berichterstattung des Gemeinderates richtig und aussagekräftig ist.

Fragen und Bemerkungen zu einzelnen Punkten aus der Berichterstattung wurden mit den zuständigen Personen (Gemeinderätin Sabine Huber, Abteilungsleiterin Sandra Burkhalter, Schulleiter Andreas Leutwyler und Rolf Graber) direkt besprochen. Die Abweichungen sind begründet, die Massnahmen eingeleitet und es sind keine weiteren Steuerungen des Parlamentes nötig.

Die GPK stellt zudem fest, dass die Entnahmen aus der Spezialfinanzierung gemäss dem Reglement erfolgt waren. Ob die Abläufe zum Entscheid (Schulleitung – Bildungskommission

– Departementsleitung) reglementsgemäss erfolgten, konnte nicht abschliessend geprüft werden. Zudem fehlt bei den Entnahmen die Produktzuweisung. Die Aufteilung erfolgt nach dem Schlüssel der Allgemeinkosten. Die GPK konnte aber keine Ungereimtheiten feststellen.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt dem Grossen Gemeinderat, den Bericht des Gemeinderates zu genehmigen.

Präsidentin: Danke, wir bleiben bei den allgemeinen Bemerkungen. Möchte der Gemeinderat sich äussern? Das ist nicht der Fall. Das Wort ist offen für die Fraktionen. Wem darf ich das Wort erteilen?

Fraktionen: Keine Bemerkungen.

Präsidentin: Bemerkungen der Ratsmitglieder?

Ratsmitglieder: Keine Bemerkungen. Wir gehen die Produkterechnung nun im Einzelnen durch.

Produkt 1 Unterricht

Keine Bemerkungen.

Produkt 2 Kultur und Projekte

Keine Bemerkungen.

Produkt 3 Gesundheit und Soziales

Keine Bemerkungen.

Produkt 4 Information und Zusammenarbeit

Keine Bemerkungen.

Anhang 1a

Keine Bemerkungen.

Präsident: Damit haben wir die Produkterechnung NPM beraten und ich stelle fest, dass wir das so zur Kenntnis genommen haben. Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer der Jahresrechnung, so wie sie vorliegt, zustimmen will, soll die Hand erheben.

Abstimmung

Der Rat beschliesst einstimmig:

- 1. Von der Berichterstattung für den NPM-Bereich Sekundarstufe 1 (HRM-Kontengruppe 212) für das Jahr 2013 einschliesslich des damit verbundenen Nettoaufwandes von Fr. 306'470.15 wird Kenntnis genommen.**
 - 2. Die Jahresrechnung für das Jahr 2013, abschliessend mit:**
 - einem ausgeglichenen Saldo der Laufenden Rechnung;
 - Nettoinvestitionen von Fr. 7'774'139.55;
 - Eigenkapital von Fr. 14'418'127.97;**wird genehmigt.**
-

Präsidentin: Ich möchte an dieser Stelle der Verwaltung und auch dem Gemeinderat für die klare Berichterstattung danken. Dies ermöglicht auch ein zügiges Durcharbeiten der Rechnung.

31 1.92.4 Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Hans Peter Baumann betreffend "Wärmeverbund Nord: Holz aus dem Umkreis von 20 km"; Antwort

Präsidentin: Die Antwort des Gemeinderates liegt vor.

32 1.92.4 Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Bruno Mosimann betreffend Schmierereien an der Wärmeverbundszentrale Nord, Kirchlindachstrasse 71 in Zollikofen"; Antwort

Präsidentin: Die Antwort des Gemeinderates liegt vor.

33 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Motion Petra Spichiger und Mitunterzeichnende betreffend "Gratiseintritt ins Freibad Hirzenfeld"

Der Gemeinderat wird beauftragt: Während einer Pilotphase von drei Jahren stellt die Gemeinde Zollikofen allen schulpflichtigen Kindern der Gemeinde ein Sommer-Saisonabonnement für das Freibad Hirzenfeld zur Verfügung.

Begründung

Baden und Schwimmen machen Spass. Bei regelmässiger Ausübung wirken sich die Aktivitäten im und am Wasser positiv auf das gesamte Körpersystem aus und sind so gesundheitsfördernd. Jedoch: Pro Jahr gibt es in der Schweiz in der Alterskategorie der 5- bis 9-Jährigen zwei bis drei Ertrinkungsunfälle. Das muss und darf nicht sein. Sowohl die Gesundheitsförderung wie auch die Risikoprävention wollen wir mit der vorgeschlagenen Massnahme unterstützen.

Schwimmen ist Teil des Sportunterrichts. Die Schule kann jedoch nicht alleine verantwortlich sein, dass alle Kinder schwimmen lernen. Um den Kindern das Schwimmen beizubringen, müssen auch die Erziehungsberechtigten Verantwortung übernehmen und ihren Beitrag dazu leisten. Es muss alles daran gesetzt werden, dass alle Schülerinnen und Schüler in der Primarschule die Gelegenheit erhalten, Bewegungserfahrungen im Wasser zu sammeln und das Schwimmen zu erlernen.

Seit 1. August 2013 ist es Aufgabe der Primarstufe, den Wassersicherheitscheck (WSC) durchzuführen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass viele Kinder diesen Test nicht schaffen würden. Deshalb hat sich die Primarstufe Zollikofen dazu entschieden, den WSC jeweils im 4. Schuljahr in Verbindung mit drei Schwimmlektionen durchzuführen.

Nebst den Massnahmen im Unterricht sollen die Kinder im Hirzenfeld auch in ihrer Freizeit diese Kompetenzen im Umgang mit Wasser üben. Dies soll von der Gemeinde Zollikofen unterstützt werden, indem alle Schüler der Gemeinde während der Sommersaison gratis ins

Freibad Hirzenfeld können. Dazu soll die Gemeinde Zollikofen ca. 800 (je nach Kinderzahlen) Saisonabonnemente erwerben und den Kindern zur Verfügung stellen.

Mit einer Pilotphase von drei Jahren soll festgestellt werden, ob die erhoffte Wirkung erzielt wird.

34 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Einfache Anfrage Toni Oesch betreffend "Schutzzonenplan"

Im Rahmen des Geschäftes "Verwaltungsbericht 2013" stellt Toni Oesch folgende Frage:

Betrifft Abschnitt "Überarbeitung Schutzzonenplan", Seite 88, Verwaltungsbericht 2012: "Der Gemeinderat hat am 21. Mai 2012 die geringfügige Revision des Schutzzonenplans beschlossen und beantragt dem Amt für Gemeinden und Raumordnung die Abweisung der zahlreichen Einsprachen, insbesondere im Zusammenhang mit der "Eichenhecke Schweizerhubel". Die Genehmigung steht noch aus, da Zusatzabklärungen bei einem Fachbüro eingeholt werden mussten."

Frage

- Die FdU hat damals Einsprache erhoben und seither nichts mehr gehört. Wie ist der Stand der Dinge?
-

Präsidentin: Damit sind wir am Ende der Sitzung angelangt. Ich bedanke mich bei allen für die Mitarbeit. Können Sie mir noch Couvert und Liste zurückgeben, die wir zu Beginn der Sitzung in Umlauf gebracht haben? Danke.

Wer bezüglich Grenzbegehung bei der Fragestellung mithelfen möchte, soll sich bis 11. Juni bei Roland Gatschet oder bei mir melden. Der Anmeldeschluss ist erst am 15. August. Hingegen: für den Vernetzungsanlass vom 18. Juni gilt die Anmeldung bis 2. Juni.

Am Samstag, 21. Juni 2014 sind wir zum "Karneval der Tiere" der Klasse 4b, Wahlacker, Zollikofen, eingeladen, es ist eine Kunstaussstellung.

Die nächste Sitzung findet am 25. Juni 2014 statt und hier bitte ich um Aufmerksamkeit: Um 22 Uhr ist das WM-Spiel Schweiz-Honduras. Deshalb werden wir sicher "rassig" durch die Sitzung kommen. Ich wünsche allen einen schönen Abend.